ich glaube, daß allein meine Landsleute mit der Zeit im stande sein werden, meinem Werke Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Ich fürchte nicht das Urteil der Geschichte und bitte Sie nur, die Meldungen über Szenen, welche sich zwischen den Königinnen Maria Pia und Amalie und mir abgespielt haben sollen, als falsch zu kennzeichnen. Welche Meinung die Königinnen auch immer von mir haben mögen, ich empfing von ihnen nur Zeichen der Achtung. Was meine Adresse aus Portugal betrifft, so gehorchte ich Gründen, über welche die Zeit Aufklärung bringen wird. Ich bin der Ueberzeugung, immer ein guter Portugiese gewesen zu sein.

Bordeaux, 7. Februar. Franco ist mit Frau und Sohn hier eingetroffen. Er weigerte sich, irgend jemand zu empfangen, und sagte, daß er morgen nach Paris weiterreisen werde.

Zur **marokkanischen Frage** liegen folgende Meldungen vor:

Der französische Minister des Aeußern, Pichon, erklärte sich bereit, am Montag in der Deputiertenkammer die Anfrage Jaurès' zu beantworten hinsichtlich der von Abdul Asis und Mulay Hafid bei Deutschland unternommenen Schritte. Die Interpellation Jaurès' hat folgenden Wortlaut: Welchen Zweck haben die jüngsten militärischen Operationen des Generals d'Amade? Ist es richtig, daß Abdul Asis sich an Deutschland gewandt hat? Und in welcher Absicht? Ist es richtig, daß Deutschland der französischen Regierung davon Mitteilung gemacht hat, und wann hat es diese Mitteilung gemacht?

Die französische Regierung bezeichnet neuerdings und ausdrücklich die Meldung, daß die Kolonialarmee mit der Bestimmung nach Marokko mobilisiert werde, als unrichtig. Die im französischen Senat eingebrachte Interpellation Gaudin, betreffend die Lage des Expeditionskorps in Marokko, wird nächsten Donnerstag erörtert werden.

Admiral Philibert hat nach Paris berichtet, laut Meldungen aus Eingeborenenkreisen seien die französischen Truppen nach Seitat zurückgekehrt und hätten die aufständischen Stämme und die hafidische Mahalla, die sich mit diesen vereinigt hatte, vollkommen zerstreut.

Philibert telegraphiert ferner, daß sich gestern eine Kesselexplosion auf dem Panzerkreuzer Jeanne d'Arc ereignet habe. Vierzehn Personen sollen verletzt sein, unter ihnen sind schwer. Jeanne d'Arc begibt sich nach Tanger, wo die Verletzten im Krankenhause Aufnahme finden sollen.

Der Kaid Sir Harry Maclean ist am 6. ds. in Tanger eingetroffen. Raisuli kam nach Annahme der ihm vom britischen Geschäftsträger und El Guebbas gestellten Bedingungen um 11 Uhr Abends in dem der englischen Gesandtschaft benachbarten Hause des Geschäftsträgers mit Maclean in Begleitung von drei Dienern zu Pferde an. Er lieferte Maclean aus und kehrte nach einstündiger Konferenz mit dem Geschäftsträger allein zurück. Die gefangen gehaltenen Leute Raisulis erlangten ihre Freiheit gestern früh um 10 Uhr wieder. Sie begaben sich in das 15 Kilometer von der Stadt entfernte Lager Raisulis. Maclean ist gesund, doch ist er geschwächt und gealtert. Er beabsichtigt, sich nach Rabat zum Sultan zu begeben.

Die neue Pariser Wochenschrift Opinion veröffentlicht eine Unterredung mit Abdul Asis, der u. a. erklärt habe, daß er lediglich infolge der Aufforderung Frankreichs nach Rabat gekommen sei. Er habe sich zu dieser Reise schwer entschlossen, da er voraussehen habe, daß sie den Ausbruch von Unruhen zur Folge haben müsse. Auf die Bemerkung des Interviewers, daß Frankreich entschlossen sei, zwischen ihm und Mulay Hafid neutral zu bleiben, geriet Abdul Asis in großen Zorn und rief: Wie? Deine Regierung will mich im Stich lassen, nachdem sie mich zur Abreise von Fez veranlaßt, mich vor meinem Volk bloßgestellt und mich in die gegenwärtige gefährliche Lage gebracht hat? Sie würde jetzt ihr Wort brechen und neutral bleiben zwischen mir, dem Sultan, der ihr Versprechen ernst genommen hat, und dem Usurpator, der im Solde des Feindes steht? Das wäre wahnsinnig und unwürdig. Will man, daß ich wieder populär werde — das gibt es ein gutes Mittel. Ich brauche nur Rabat zu verlassen und nach Fez zu gehen, um dasselbst den heiligen Krieg zu verkünden. Die Tore von Fez würden sich dann von selbst öffnen, und ich würde von einer begeisterten Menge eingeholt werden. Ich will dies aber nicht tun, da ich Vertrauen zur französischen Regierung habe. Sie muß mir die Möglichkeit geben, wieder nach Fez zurückzukehren.

In der **französischen Deputiertenkammer** teilte gestern Sorians (Republikaner) mit, daß er die Absicht habe, die Regierung über die Politik Spaniens in Marokko zu interpellieren. Der Redner beklagte sich darüber, daß der Minister des Innern die Ausgabe der portugiesischen Zeitungen verhindere.

Gestern abend wurde in Petersburg die erneute Verhandlung des **Prozesses** wegen Auffassung der **Kaiserjacht Standart** abgeschlossen. Das Gericht erkannte an, die Havarie sei auf das Vorhandensein eines unbekannten, auf der Karte nicht vermerkt gewesenen Felsens zurückzuführen, der auf der Marinekarte nicht vermerkt gewesen sei. Dem Aufstoß auf den Felsen wäre weder vorzubeugen, noch wäre er zu vermeiden gewesen. Konteradmiral Nilow sei schuldig, nicht persönlich die Richtigkeit eines ihm seitens eines Untergebenen abgefertigten Rapportes über die Passierbarkeit der Rilaksbucht geprüft zu haben. Das Gericht erkannte gegen Nilow auf einen Verweis. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen.

Zu den Vorgängen an der **türkisch-persischen** Grenze wird berichtet:

Die persische Regierung erhob formell Protest gegen die Ueberschreitung der persischen Grenze seitens Fasil Paschas, sowie gegen die völkerrechtlich unzulässige, an den persischen Generalgouverneur gestellte Forderung, Soudjbulag zu verlassen, das unstreitig zum persischen Gebiete gehöre.

Aus Konstantinopel wird berichtet, daß Fasil Pascha, der Befehlshaber der türkischen Truppen an der persischen Grenze, von der Pforte den Befehl erhalten hat, sich auf türkisches Gebiet zurückzuziehen.

Eine Meldung aus Erzerum vom 7. d. besagt: Aus türkischen Kreisen verlautet, daß das Vorgehen der türkischen Truppen unter Fasil Pascha veranlaßt ist durch Plünderungen der Reiter Prinz Hermans, die tatsächlich wilde Horden sind und unter Verletzung der türkischen Grenze 300 sunnitische Kurden getötet haben. Fasil Pascha hat die Reiter vertrieben und Soudjbulag zum Schutz gegen die undisziplinierten Horden auf dringendes Bitten der Bewohner vorübergehend besetzt.

Hof- und Personalnachrichten.

* Seine Majestät der Kaiser sandte an Herzog Ernst II. von Sachsen-Altenburg folgendes Telegramm:

Tief schmerzlich berührt durch das Ableben Deines Oheims, des Herzogs Ernst von Sachsen-Altenburg, Hoheit, spreche ich Dir mein herzliches Beileid aus. Ich und mein Haus verlieren in dem Dahingegangenen einen wahren, aufrichtigen Freund, seine Landesfinder einen fürsorgenden Vater, das Reich einen treu ergebenen Fürsten, der ein langes, reich gesegnetes Leben stets in den Dienst des Vaterlandes gestellt. In der tiefen Trauer um ihn fühle ich mich mit Dir eins. Ich weiß, daß Du seine Nachfolge in seinem Sinne antreten wirst, und danke Dir von Herzen für die in Deinem Telegramm ausgesprochene Gesinnung.

Wilhelm.

Vom König von Sachsen ging folgendes Telegramm ein:

Ich spreche Dir und den Deinen mein aufrichtigstes und herzliches Beileid zum Ableben Deines von mir so hoch geschätzten und verehrten Onkels aus, der ein wahrer Vater seines Volkes war. Gott gebe Dir eine reich gesegnete und glückliche Regierungszeit.

Friedrich August.

* Die Leiche des Herzogs von Sachsen-Altenburg wurde gestern eindalsamiert und wird heute um ½5 Uhr Abends aus dem Sterbezimmer in die Schloßkirche übergeführt werden. Sonntag und Montag wird die Leiche öffentlich in der Schloßkirche zu Altenburg ausgestellt sein. Am Mittwoch vormittag 10 Uhr wird sodann die Ueberführung in die Gruft der Herzogin-Agnes-Gedächtniskirche stattfinden.

* Der Königliche Hof legt für Seine Hoheit den Herzog von Sachsen-Altenburg die Trauer auf 14 Tage — bis einschließlich den 20. d. M. — an.

* Der Prinz-Regent von Bayern hat anläßlich des Ablebens des Herzogs Ernst von Altenburg eine sechstägige Trauer angeordnet. Er wird sich bei der Beisetzung durch den Prinzen Franz von Bayern vertreten lassen.

Aus Anlaß des Ablebens des Herzogs Ernst von Altenburg ist die Hoftrauer am Königlich sächsischen Hofe auf zwei Wochen, vom 7. bis 20., angeordnet worden.

* Der Reichs- und Staatsanzeiger widmet dem verstorbenen Herzoge von Sachsen-Altenburg folgenden Nachruf:

Se. Hoheit der Herzog Ernst von Sachsen-Altenburg ist heute morgen um 5 Uhr sanft entschlafen.

Seit dem 3. August 1853, als er seinem Vater folgte, hat der heimgegangene edle Fürst in einer ereignisvollen Regierung von fast fünfundfünfzig Jahren über den Geschicken der altenburgischen Lande gewaltet. Seine Teilnahme an dem Kriege von 1870/71, seine verdienstvolle, von Se. Majestät dem Kaiser hoch in Ehren gehaltene Mitarbeit um die Einigung Deutschlands, seine unerschütterliche Treue gegen den Reichsgedanken sicherten dem ehrwürdigen Fürsten einen hervorragenden Platz im Kreise der deutschen Bundesfürsten und in den dankbaren Empfindungen der Nation. Die Verehrung für seine Persönlichkeit und sein Wirken gab sich lebhaft kund, als er am 16. September 1906 die Feier seines achtzigsten Geburtstages beging. Heute vereinigen sich an seinem Sarge die patriotisch gesinnten Deutschen aus allen Teilen des Reichs mit seinen altenburgischen Landeskindern in herzlicher Trauer.

* Der Reichskanzler Fürst v. Bülow muß wegen Erkältung das Zimmer hüten.

u. Prinz Hermann zu Stolberg-Wernigerode ist aus Wernigerode in Berlin eingetroffen.

** Se. Exzellenz der Kriegsminister hat den ihm Allerhöchsten Orts bewilligten dreimonatigen Urlaub nach dem Süden angetreten und gestern abend mit dem Eilzuge von Berlin verlassen. Er begibt sich über Italien nach Aegypten, und zwar zunächst ins Fayum. Während seiner Abwesenheit wird er durch den ältesten Departementsdirektor des Kriegsministeriums vertreten.

u. Der Obermarschall im Königreich Preußen, Kaiserlich Wirkl. Geh. Rat Graf v. Dönhoff-Friedrichstein hat sich von hier nach Friedrichstein zurückbegeben.

* Der Geheime Oberbaurat Johannes Jaeger, vortragender Rat im Reichsmarineamt, ist unter Verleihung des Roten Adlerordens 2. Klasse aus dem Reichsdienst ausgeschieden. Im Jahre 1842 geboren, ist er nach technischer Vorbildung am 1. Januar 1870 in den Dienst der Marine eingetreten und zwei Jahre später zum Unteringenieur bei der Werft in Kiel ernannt worden, bei der er im März 1876 zum Ingenieur aufrückte. 1875 wurde er zur Dienstleistung beim Instruktionsbureau der Admiralität kommandiert, wo er zwei Jahre blieb, um dann Ubteilungsleiter bei der Werft in Wilhelmshaven zu werden. Am 1. April 1890 wurde er Marinebaurat und Schiffbaubetriebsdirektor und war als solcher erst im Reichsmarineamt, dann wieder bei der Werft in Wilhelmshaven tätig. Er wurde bei letzterer dann 1894 zum Oberbaurat und Werftdirektor und 1899 zum Geheimen Baurat und Schiffbaudirektor mit dem Range eines Kapitäns zur See ernannt. 1902 wurde er zum Reichsmarinerat kommandiert, wo er erst im Technischen Departement, dann seit 1904 im Werftdepartement tätig war. Zum 1902 wurde er als Geheimer Oberbaurat zum vortragenden Rat im Reichsmarineamt ernannt und übernahm hier im Werftdepartement das Dezernat für Instandhaltung der Schiffe und Schiffbaubetrieb.

* Der Familientag derer von Trotha wurde gestern im Savoy-Hotel der Reichshauptstadt festlich begangen. Den Vorsitz führte der Senior der Familie, General D. v. Trotha-Charlottenburg, welcher auch beim Festessen das Hoch auf Se. Majestät den Kaiser ausbrachte. U. a. waren anwesend: Generalleutnant z. D. O. v. Trotha, Oberstleutnant a. D. Friedrich v. Trotha-Kammerin, Generalmajor z. D. Th. v. Trotha-Dessau, Hofmarschall Victor v. Trotha, Exzellenz, Potsdam, Kammerherr Graf v. Trotha-Hecklingen.

* Der portugiesische Gesandte in Berlin, Vicomte de Pinella, zeigt an, daß am Montag, 11 Uhr Vormittags ein Trauergottesdienst in der katholischen Hofkirche für den hingeschiedenen König Dom Carlos I. und seinen Sohn, den Herzog von Braganza, Kronprinzen von Portugal, stattfinden wird.

* Der nächste Empfang in der englischen Botschaft bei Lady Edward Cavendish fällt aus.

* Der frühere sächsische Kultusminister Richard v. Schlieben ist am 7. d. M. auf seinem Schlosse Taubenheim a. d. Spree im 60. Lebensjahre gestorben, nachdem er seit vier einigen Monaten infolge seines körperlichen Leidens in den Ruhestand getreten war. Am 23. Juli 1848 geboren, wurde er 1879 Regierungsassessor bei der Amtshauptmannschaft in Chemnitz, von der er 1882 an die Amtshauptmannschaft in Dresden-Altstadt versetzt wurde. Bald darauf wurde er Regierungsrat bei der Kreishauptmannschaft in Dresden, wo er bis 1889 blieb, um dann Amtshauptmann in Zittau zu werden. 1894 kam er als Geheimer Regierungsrat in das Ministerium des Innern. Nachdem er im Jahre 1896 Kommissar der Landeskultur- und Altersrentenverwaltung geworden war, ersolgte 1897 seine Ernennung zum Kreishauptmann von Bautzen. 1906 wurde er als Nachfolger von v. Seydewitz zum Kultusminister ernannt, war also in dieser Stellung wenig mehr als ein Jahr. Er war Ehrenbürger von Bautzen, Zittau, Kamenz und Löbau.

k. Generalleutnant v. Usedom, Kommandant des Zeughauses hat die Garnison verlassen.

k. Generalleutnant v. Oskar Gouverneur von Ulm, Oberst v. Heudorf, Chef des Generalstabes des 9. Armeekorps, Oberstleutnant Mordtzek, Bataillonskommandeur im Fußartillerieregiment Nr. 14, Oberstleutnant v. Waldow, Brigadier der 9. Gendarmeriebrigade, die Wiseadmirale Breuling, Oberwerftdirektor in Wilhelmshaven, v. Usedom, Oberwerftdirektor in Kiel, Konteradmiral Frhr. v. Schimmelmann, Oberwerftdirektor in Danzig, Kapitän zur See Strohmeyer, Direktor der Torpedowerft Friedrichsort, sind in Berlin eingetroffen.

* Am 6. d. M. ist in Kassel der Generalmajor z. D. Camillo v. Malletzewski im 73. Lebensjahre gestorben. Er hat der Armee von 1854 bis 1890 angehört. Im Kadettenhause erzogen, trat er als Leutnant beim 2. Garderegiment zu Fuß ein und wurde 1861 Oberleutnant im 4. Garderegiment zu Fuß. Nachdem er längere Zeit Adjutant bei der Kommandantur in Berlin war, wurde er am 30. Oktober 1866 Hauptmann im 36. Infanterieregiment, bei dem er sich als Kompagnieführer im Kriege gegen Frankreich das Eiserne Kreuz zweiter Klasse erwarb. 1876 wurde er Major, und im Dezember 1888 kam er, nachdem er 5½ Jahre Bataillonskommandeur gewesen war, als Oberstleutnant und stellvertretender Stabsoffizier in das 25. Infanterieregiment. Vom Mai 1887 bis Mai 1890 war er Oberst und Kommandeur des 110. Grenadierregiments, dann wurde er als Generalmajor zu den Offizieren von der Armee versetzt und bald darauf mit Pension zur Disposition gestellt.

Landesökonomiekollegium.

S. u. H. Berlin, 7. Februar.

Im weiteren Verlauf der Sitzung erstattete Prof. Dr. Gerlach-Neuwedell sodann Bericht über Waldwirtschaft. Wenn man die Landwirtschaft als Erhaltungsquelle für Rente betrachtet, so seien auch den ländlichen Berichten zu entnehmen, die Agrarverhältnisse jetzt als erfreuliche zu bezeichnen, dank den Wirkungen der Zollpolitik usw. Der landwirtschaftliche Wohlstand sei unzweifelhaft in der Steigerung begriffen. Die Gutshaben bei den landwirtschaftlichen Genossenschaftsbanken seien ständig gewachsen. Der Redner berührte dann die Landverschuldung und bemerkte, daß 1905 5 Milliarden Mark Hypotheken mehr eingetragen als gelöscht worden sind. Damit zusammen hänge die Arbeiterfrage und die Landflucht, zumal gerade die allerbesten Personen und kräftigsten Arbeiter nach der Stadt abwandern. Gerade in den letzten beiden Jahren der Hochkonjunktur der Industrie sei die Abwanderung eine sehr große gewesen. Als einziges Mittel dagegen sei zu empfehlen die Neugründung von Heimstätten, die der Besitzer innerlich an die ländliche Scholle fesseln, indem es dem verwurzelungstrebenden und freiheitliebenden Mann ermöglichen, unabhängig aufzugehen in seinem schönen Beruf, anstatt in die Jammerexistenz eines Proletariers hineinzutreten, bloß weil er die Empfindung hat, einer aufsteigenden Klasse anzugehören. (Lebhafter Beifall.) Hierauf trat die Mittagspause ein.

Es folgte nach der Pause die Beratung und Beschlußfassung über den Punkt: Weitere Maßnahmen zur Förderung der inneren Kolonisation, ein Gegenstand, der mit der Landarbeiterfrage eng zusammenhängt. Hierzu liegt ein umfangreiches Material vor, so z. B. die Vorschläge der Ostpreußischen Generallandschaftsdirektion zur Förderung der inneren Kolonisation und zur Landarbeiterfrage. Es heißt darin u. a.: Das geeignete Mittel zur Abhilfe (der Leutenot) ist vielmehr in der Anknüpfung an die Stein-Hardenbergsche Gesetzgebung zu erblicken, indem durch Seßhaftmachung der Arbeiter auf eigenem Grund und Boden eine seßhafte und sesshafte Bevölkerung geschaffen wird, der als Lohn treuer Arbeit die Möglichkeit des besseren Fortkommens, des Aufsteigens zu größerer wirtschaftlicher und sozialer Selbständigkeit und zur Unabhängigkeit in der Heimat sicherer wird als draußen. Ferner gehört hierzu ein Gericht über die Tüchtigkeit der Sommerfrischen Ansiedlungsgesellschaft G. m. b. H. zu Stettin, sowie ein Vortrag des Regierungs- und Landesökonomierats Dr. Stumpfe über „Innere Kolonisation, insbesondere im Osten Deutschlands". — Die Referenten Rittergutsbesitzer v. Schwerin-Burg Stantekow und Regierungsrat Sydow-Hannover haben hierzu folgende Leitsätze zum Beschluß vorgelegt: „Das Landesökonomiekollegium beschließt zum weiteren Ausbau der inneren Kolonisation: 1. darauf hinzuwirken, daß in sämtlichen Provinzen der Monarchie mit Ausnahme von Sachsen, Hessen-Nassau und Rheinprovinz entsprechende Gesellschaften zur Förderung der inneren Kolonisation in der Art wie die Pommersche Ansiedlungsgesellschaft gegründet werden. II. die Königliche Staatsregierung zu ersuchen: 1. gemeinnützige Gesellschaften zur Förderung der inneren Kolonisation durch wesentliche Beihilfen zu unterstützen, 2. die Kreisverwaltungen aufzufordern, die Seßhaftmachung von Arbeitern auf dem Lande zu betreiben und hierzu den Kreisen erhöhte Mittel zur Verfügung zu stellen, 3. gesetzliche Maßnahmen zur Einschränkung des gewerbsmäßigen Güterhandels zu ergreifen. — Ferner beantragt d. Schwerin: III. Das Landesökonomiekollegium beschließt zum weiteren Ausbau der inneren Kolonisation dahin zu wirken, das Verfahren der Rentengutsbildung zu vereinfachen. Dies ist zu erreichen: a) durch gesetzliche Selbständigkeit der gemeinnützigen Kolonisationsgesellschaften, b) durch Umgestaltung der Generalkommissionen.

Der erste Referent Rittergutsbesitzer v. Schwerin-Burg-Stantekow führte aus: Es würde die Provinzen rechts der Elbe behandeln, sein Mitberichterstatter die westlichen Provinzen. Aus dem, was bisher auf dem Gebiete der inneren Kolonisation geschehen, müssen die Schlüsse für die Folge gezogen werden. Der Redner schilderte die Versuche in Schlesien, Ost- und Westpreußen, die aber nur geringen Umfang angenommen. Ein einheitliches Vorgehen sei erst in der Provinz Pommern, wo die Pommersche Ansiedlungsgesellschaft wirke. In dieser Gesellschaft ist der preußische Staat, die Provinz, einzelne Kreise sowie große und mittlere Besitzer, aber auch Industrielle vertreten. Die Tätigkeit ist eine gemeinnützige. Deshalb sei auch für die innere Kolonisation der anderen Provinzen ein entsprechendes, das heißt eine gemeinnützige Gesellschaft in die Hand zu nehmen und vom Staat unterstützt wird. Der Referent empfahl sodann die Gründung von Kolonisationsgesellschaften nach der Art der Pommerschen Ansiedlungsgesellschaft. Eine innere Kolonie lediglich als Arbeiteransiedlung aufzubauen, sei nicht zu empfehlen. Der Redner hält es vielmehr für richtig, Arbeitern Pachtstellen so lange unter günstigen Bedingungen zu überlassen, als dieselben in der Landwirtschaft arbeiten. Zum Schlusse befrach der Referent noch seinen Antrag, die Rentengutsbildung zu vereinfachen. — Der Vortragende begründete den inzwischen eingebrachten Antrag Exzellenz v. Conrad-Hohenstein und erteilte dem zweiten Referenten Regierungsrat Sydow-Hannover das Wort, der die Verhältnisse in den westlichen Provinzen einschließlich Schleswig-Holsteins schilderte. — Geh. Regierungsrat Dr. Krause: Der Herr Landwirtschaftsminister habe erst jetzt von diesen Anträgen Kenntnis erhalten, und es könne sich deshalb nur um eine kurze Debatte handeln. Dem Antrage unter I stehe der Herr Minister wohlwollend gegenüber, er bitte nur, von einer Aufführung der einzelnen Provinzen abzulehnen. Es müßten auch die einzelnen Provinzen vorher gehört werden, ob ein Bedürfnis für die Gründung einer Provinzialsiedlung vorhanden ist, ob sich dafür Interessenten finden, wo die Pommersche Ansiedlungsgesellschaft, die schon seit 1896 wirke, die Pommerschen Ansiedlungen gehören. Es möge deshalb in der Resolution gesagt werden, in allen Provinzen, wo ein Bedürfnis vorhanden ist." Zu II bemerkte der Regierungsvertreter, daß, wie bereits im Landtag ausgeführt, er nicht wisse, ob das gerade die politischen Kreise verwaltungen für die Seßhaftmachung der Landarbeiter wirken, sondern das müßte ein Ziel aller Kreise der Landbevölkerung sein. In Posen bestanden eine Anzahl Kolonisationsgesellschaften, welche Arbeiteransiedlungen begründen und damit gute Erfolge erzielt hätten. Ueber den gewerbsmäßigen Güterhandel werden zurzeit von dem Herrn Minister Ermittelungen angestellt, die ein reiches Material ergeben. Von der Prüfung würde es abhängen, welche gesetzlichen Maßregeln zu ergreifen sind. Zu III führte der Regierungskommissar aus, daß der Herr Minister in Beratungen und Verhandlungen eingetreten, eine Erleichterung der Rentengutsbildung sei auch sehr erwünscht. Es sind gesetzliche und sachliche Fragen zu prüfen. Es sei falsch, die Generalkommissionen lediglich als Belehnungsinstitute zu betrachten, sondern sie hätten auch die Aufgabe die einschlägigen Verhältnisse zu prüfen. Die Existenzfähigkeit der Kolonisationsgesellschaften sei nicht unbedingt von der Genehmigung durch die Generallandschaft Kapp, der bekannte Verfasser der bereits erwähnten Vorlage über Kolonisation und Landarbeiteranseidlung in Ostpreußen. Er verteidigt eingehend seine gemachten Vorschläge. Die Frage der inneren Kolonisation müsse als Mittel gegen die erschreckende Zunahme der Landflucht betrachtet werden; durch die Kolonisation werde die Arbeiterfrage der Lösung näher gebracht. Was die Finanzierung angehe (je 1 Million von der Ostpreußischen Landschaft, den Landkreisen und der Provinz und 4 Millionen vom Staat), so meinte er, daß die Regierung sich dieser Aufgabe nicht entziehen werde. Der Redner schloß: Mit der Kolonisation werde eine wichtige Aufgabe im Dienste des ländlichen Wohlfahrt erfüllt und eine neue Art Sozialpolitik für das platte Land geschaffen. Die bisherige Sozialpolitik ist zugeschnitten auf die Industriearbeiter und Großstädte. Sie wurde dann übertragen auf die ganz anders gearteten ländlichen Verhältnisse. Mit der neuen Sozialpolitik die empfohlen werden, sei dem Arbeiter auf eine wirtschaftliche und sozial unabhängige Grundlage, und wir werden und beleben die inneren sittlichen Kräfte der Landbevölkerung. Diese mehr idealen Gesichtspunkte dürfen sicher nicht außer acht gelassen werden. Der Großgrundbesitz ist nicht unbelehrbar, wenn seine wichtigsten Interessen nicht berührt werden. Und wenn er das Vertrauen hat, so wird er sich auch in den Dienst der inneren Kolonisation stellen und beweisen, daß bei dem Großgrundbesitz Verständnislosigkeit nicht besteht. (Lebhafter Beifall.) — Die weitere Diskussion wurde um 4½ Uhr auf Sonnabend vertagt.

Deutsches Reich.

* In der unter dem Vorsitz des Staatsministers, Vizepräsidenten des Staatsministeriums, Staatssekretärs des Innern Dr. v. Bethmann Hollweg abgehaltene Plenarsitzung des **Bundesrats** am 6. d. wurde der Vorlage, betreffend Aenderung der Vorschriften über die Abgabe stark wirkender Arzneimittel in den Apotheken, sowie den Vorlagen über Ergänzung und Abänderung der Bestimmungen zum Militärtarif für Eisenbahnen, die Zustimmung erteilt. Mit der Ueberweisung des Entwurf eines Gesetzes über Arbeitskammern und des Entwurfs eines Gesetzes für Elsaß-Lothringen über den Verkehr mit Wild an die zuständigen Ausschüsse erklärte die Versammlung sich einverstanden. Von der Uebersicht der Geschäfte des Reichsgerichts im Jahre 1907 wurde Kenntnis genommen. Schließlich faßte der Bundesrat über die Neubildung des Börsenausschusses für eine neue fünfjährige Wahlperiode sowie über mehrere Eingaben Beschluß.

* Während des Vierteljahrs vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1907 haben 8525 Schiffe (gegen 9309 Schiffe in demselben Vierteljahr 1906) mit einem Nettoraumgehalt von 1 867 658 Reg.-To. (1906: 1 618 311 Reg.-To.) den Kaiser-Wilhelm-Kanal benutzt und zum Zweck des auf die Kanalabgabe in Anrechnung zu bringenden Gütertarifes, an Gebühren 926 465 ℳ (1906: 907 609 ℳ) entrichtet. Davon entfielen auf den Monat Dezember 2339 Schiffe (1906: 2739 Schiffe) von 549 091 Reg.-To. (1906: 571 004 Reg.-To.) und 274 525 ℳ (1906: 282 090 ℳ) Gebühren. Im ganzen Jahre 1907 stellte sich der Verkehr auf 34 625 Schiffe (1906: 34 187 Schiffe) mit 6 326 710 Reg.-To. (1906: 6 045 963 Reg.-To.). Die Gebühren betrugen 3 653 389 ℳ (1906: 2 919 654 ℳ).

* Um dem Mangel an Lehrlingen im Handwerk abzuhelfen, hat sich das bayerische Staatsministerium bereit erklärt, für die Ausbildung bedürftiger Lehrlinge bei tüchtigen Handwerksmeistern an diese als Ersatz für das Lehrgeld Beihilfen bis zu 300 ℳ zu vergeben. — „Im Interesse des Nachwuchses im Handwerk ist", so bemerkt hierzu die Voss. Ztg., „diese Bereitwilligkeit mit Freuden zu begrüßen, wenngleich man sich nicht verhehlen darf, daß Lehrlinge, die gänzlich verwahrlosen sind, sich nur in den allerseltensten Fällen später einmal werden selbständig machen können. Ferner ist in Betracht zu ziehen, daß die Prämien meistens Handwerksmeistern gewährt werden, die als „tüchtig" erkannt, sich zweifellos in guter Lage befanden und Lehrlinge bekommen, während der in mißlichen Verhältnissen lebende Meister ausgeschlossen bleibt."

Parlamentarisches.

Reichstag.

* Zwei Abänderungsanträge Gothein u. Gen. zum Entwurf, betr. Abänderung des Zuckersteuergesetzes, besagen: 1. An Stelle der Artikel 1 und 2 der Kommissionsbeschlüsse zu setzen: Artikel 1. Die Zuckersteuer wird vom 1. April 1909 ab auf 10 ℳ von 100 Kilogr. Reingewicht herabgesetzt, sofern bis dahin Gesetze zu Hande kommen, die eine Erhöhung der eigenen Einnahmen des Reichs um mindestens 35 Mill. Mark sicherstellen. Kommen solche Gesetze erst nach dem 1. April 1909 zu Hande, so erfolgt die Herabsetzung der Steuer gleichzeitig mit deren Inkrafttreten. — 2. An Stelle des Artikel 3 der Kommissionsbeschlüsse zu setzen: Artikel 2. Dieses Gesetz tritt gleichzeitig mit der in Brüssel am 28. August 1907 vollzogenen Zusatzakte zur Brüsseler Konvention vom 24. September 1902 in Kraft.

* Ein schleuniger Antrag Cläß u. Gen. ersucht den Reichskanzler, daß er die Einstellung des gegen den Abg. Dr. Pottoff schwebenden Strafverfahrens beim Landgericht Kassel für die Dauer der gegenwärtigen Strafsitzungsperiode veranlasse.

Herrenhaus.

* Wie die Freikonservative Correspondenz mitteilen kann, hat die Kommission zur Vorberatung der Ostmarkenvorlage am Freitag in einer von 11 bis 7 Uhr ausgedehnten Sitzung die Generaldiskussion zu Ende geführt. § 13 wurde in einer Fassung angenommen, wonach im wesentlichen nur Besitz enteignet werden darf, welcher innerhalb der letzten 10 Jahre durch Kauf in andere Hände übergegangen war.

Heer und Flotte.

* S. M. S. Stein ist am 7. Februar in Algier eingetroffen und geht am 14. Februar nach Malaga. Torpedoboot S 90 ist am 8. Februar in Wusung eingetroffen und geht am 13. Februar nach Schanghai. — S. M. S. Hessen ist am 5. Februar von Kiel in See gegangen und am 7. Februar in Wilhelmshaven eingetroffen. — S. M. S. Medusa ist am 6. Februar von Kiel in See gegangen. — S. M. S. Vineta ist am 7. Februar in Kiel eingetroffen. — Postkarten für S. M. S. Medusa bis 13. Februar Gienner, dann weder Kiel.

Aus Reich und Provinz.

* **München**, 7. Februar. Prof. Schnitzer hat, weiteren Berichten der Bischöfe zuvorkommend, seine Vorlesungen über die Dogmengeschichte an der Universität München bis auf weiteres eingestellt. Der Verlauf der Schlußvorlesung gestaltete sich zu einer großen Kundgebung. Große Mengen Studierender drängten sich, wie die Münchner Neuesten Nachrichten melden, vor dem Hörsaal. Schnitzer wurde bei seinem Eintritt mit minutenlangen Hochrufen begrüßt. Er begann mit bewegter Stimme die Vorlesung über das Abendmahl. Am Schluß seiner Ausführungen betonte er, er habe versprochen, wie immer zu lesen, oder gar nicht mehr. Nicht getroffen und nicht gebeugt sehe er der Zukunft entgegen. Kühne Bibelforscher seien bekämpft worden, und heute hätten sie recht. Sie selbst habe nicht mit neuen Ideen kommen wollen. Was er gelehrt habe, sei das Ergebnis seiner wissenschaftlichen Forschungen mehr, und sie hätten ein heiliges Recht auf volle Wahrheit, dem auch er zu entsprechen gesucht habe. Die Ovationen wiederholten sich am Schluß.

* **Würzburg**, 8. Februar. In dem Beleidigungsprozeß der Theologieprofessoren Merkle und Kiefl gegen die Augsburger Postzeitung wurde der Redakteur Rost zu 250 ℳ Geldstrafe event. sünftig Tagen Gefängnis verurteilt; gleichzeitig wurde die Publikationsbefugnis bestätigt.

* **Straßburg i. E.**, 7. Februar. In der gestrigen Sitzung des Landesausschusses trat der Abgeordnete Pfleger aus Kolmar eine auffallende Rede gegen deutsche „Willkürherrschaft". Er sprach den Polen seine vollste Sympathie aus und drohte mit „anderen Mitteln", wenn die verlangte Autonomie nicht bewilligt würde. Staatssekretär v. Köller erwiderte sehr scharf gegen diese Bestrebungen. Abg. Pfleger verließ mit seiner ganzen Fraktion, wenigstens, und alle anderen Redner mißbilligten sein Auftreten. Er hielt jedoch seine Aeußerungen inhaltlich aufrecht.

Schiffahrt.

* Die deutschen Delegierten, welche an den Konferenzen der transatlantischen Schiffahrtslinien in London teilgenommen haben, sind am 7. d. M. von Plymouth aus abgereist.

Aus Berlin.

Sonnabend, 8. Februar.

* Der **Berliner Verein für Luftschiffahrt** hielt gestern nachmittag seine 273. Sitzung in der Aula der Technischen Hochschule ab. Diese Stätte war gewählt worden, weil man hoffen durfte, Se. Majestät der Kaiser werde den Verein mit seinem Besuche auszeichnen, aber der hohe Herr war verhindert und ließ sich durch Se. Exzellenz Hoelzl bei der Sitzung vertreten. Vor dem Portal von den Vorsitzenden des Vereins Geh. Rat Prof. Busley und Major Hildmann und dem Rektor und Prorektor Prof. Kammern und Prof. Grantz empfangen und in die Aula geleitet wurde. Hier war wohl die ganze aeronautische Welt Berlins versammelt. Auch Generaloberst v. Hahnke, Staatssekretär Dernburg, der Chef der Marinekabinetts v. Müller waren anwesend, sowie Vertreter all der Kreise der Wissenschaft und Technik, die mit der Luftschiffahrt in Beziehungen stehen. Geh. Rat Prof. Busley eröffnete die Sitzung mit einem Rückblick auf die Entwicklung des Vereins, der sich, gefördert von Se. Majestät dem Kaiser, einer günstigen Entwicklung erfreut; als Zeichen dafür sei zu betrachten, daß zu dem Wettbewerb, der im Herbst hier stattfinden soll, bereits 23 deutsche und einige auswärtige Ballons gemeldet sind. — Als erster Redner sprach Herr Erbslöh-Elberfeld über die Siegesfahrt des Ballons Pommern beim Gordon-Bennett-Rennen in Amerika, bei welcher er bekanntlich nach 40 stündiger Fahrt 878½ englische Meilen zurückgelegt hat und damit Sieger wurde. In schlichter, aber fesselnder Weise schilderte er den äußeren Verlauf und die bei der Fahrt geleistete Arbeit, und verstand es, den Vortrag durch lebendige Schilderungen an geeigneter Stelle zu beleben. Als zweiter Redner begrüßte Hauptmann a. D. Hildebrandt unter Vorführung zahlreicher Lichtbilder den Stand der Luftschiffahrt in Amerika. In der Besprechung, die an den Vortrag sich anschloß, gab Prof. Dr. Marcuse lehrreiche Hinweise auf die aktronomische Orientierung während der Ballonfahrt, die er zum Gegenstand seines Studiums gemacht hat. Prof. Sophus Aachen betonte die Wichtigkeit der Wetterprognosen für den Luftschiffer, die in Amerika leichter sei wie in Europa. Dr. Hamler (Vorsitzender des niederrheinischen Vereins) betonte die Wichtigkeit der Flugtechnik, Hauptmann v. Abercron schilderte ein unvergeßliches Abenteuer während einer Fahrt im Ballon, bei dem man glaubte, über dem offenen Ozean zu schweben, zum Glück aber nur eine Bucht überflog.

* Die Zwölfapostelkirche am Rudolphplatz wird morgen um zehn Uhr Vormittags eingeweiht werden. Der Feier wird in Vertretung Sr. Majestät des Kaisers Se. Kaiserli